

Februar 1926

20. — Erlösheim: rste 9. — Biengen: 50—9, Haber 7.40 bis Kernen 13.40, Weizen rste 10, Haber 8.60. — 9, Alber Dinkel 9.20, 0. — Binnenden: tel 8.60—8.70, Roggen

tpreise. Auf dem eläpfel 33—45; Tafel- 18; Silbertraut 6—9; 50—65, Grünfchl 12 —13; Zwiebel 9—13; g. das Pfd.; Embvien- entfchl 18—38; Kettch

llingen. — Wilhelm n. — Schman Hart-

se.

ultrie A.G., Stg in

els Kaffe.

aligen.

ef. „Röple“, 61 J. nt, 82 J. toff Wwe, 70 J.

ich unter allen Kaffe- edig. Für Mittwoch entbehrliches Kaffe-

Einwirkung des weß- idig. Für Mittwoch er nur zu geringen

Grad unter Null.

schule

ür die Schüler- einer höheren der Lat- und , findet Don- von 8 Uhr an Vorlage eines gnisfes nimmt entgegen. tnaige Anträge- anders leistung- Volksschulkaffe 488

6. Nagel.

EL

as Nagold.

bruar 1926.

geige.

en machen wir af unfer lieber ter, Großvater

Held

im Alter von ist.

rdlieben.

chm. 1 1/4 Uhr

Der Gesellschaftler

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn N. 1.60
Einzelnummer 10 J
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Hart Sailer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise:
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 J, Familien-Anzeigen 12 J, Reklame-Seite 50 J, Sammelanzeigen 50 % Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegramm-Adresse: Gesellschaftler Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 33

Geegründet 1826

Mittwoch den 10. Februar

Serniprecher Nr. 29

100. Jahrgang

„Dawes-Sklavenhalter“ und die „Fronvögte“ in der Reichsbahn

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Februar.

155. Sitzung. (Schluß.) Reichsverkehrsminister Dr. Rohne stellt mit Bedauern fest, daß nach einem Jahr der Wirksamkeit der Reichsbahngesellschaft im Reichstag kein Mensch mehr etwas für sie übrig habe. Man müsse aber gerecht sein und anerkennen, daß die Gesellschaft gezwungen gewesen sei, das seit der Revolution überfüllte Personal der Reichsbahn zu übernehmen. Die ausländischen Herren der jetzigen Reichsbahn-Leitung haben eben ganz andere Vorbilder von Eisenbahnunternehmungen. Die Reichsregierung werde sich mit allen Mitteln gegen jeden Versuch sträuben, den Reichsbeamtencharakter der Reichsbahnbeamten zu beseitigen. Leider seien in dieser Beziehung Grenzen gesetzt durch die einschränkende Bestimmung des Art. 24 des Verfs. 24 des Reichsbahngesetzes.

Abg. Dr. K o o g (Deutschl.): Die neue Personalordnung der Reichsbahn habe wesentliche Verschlechterungen für das Personal gebracht. Wohlverdienende alte Rechte der Beamten seien rücksichtslos aufgehoben worden. Dabei werde nicht einmal kaufmännisch-parlamentarisch verfahren, sondern die höheren Beamten seien auffallend vermehrt und verschwendlich bezahlt, wie es in gewissen Auslandsstaaten üblich sei. 40 000 Köpfe des Personals sollen noch abgebaut werden. Es sei unerhört, wenn die Reichsbahn die seinerzeit in Papierform gewährten Darlehen jetzt in Reichsmark zurückerlange.

Abg. G r o ß (Ztr.): Es habe den Anschein, als ob die Mitglieder der Reichsbahnverwaltung in erster Linie Vertreter der fremden Nationen seien. Sie mögen sich daher auch nicht wundern, daß sie vielfach als Sklavenhalter der Entente, als Fronvögte über dem deutschen Personal angesehen werden. Der jetzige Generaldirektor Deier habe sein Wort bezüglich des Schutzes des Personals nicht gehalten.

Abg. S c h ü ß (Komm.) erklärt höhnisch, es sei doch recht merkwürdig, daß die Parteien, die seinerzeit so eifrig für das Dawesabkommen eingetreten sind, nun endlich alle Mängel und Fehler an der Reichsbahngesellschaft entdecken. Haben die Parteien nicht dies alles voraussehen können, obgleich sie gewarnt waren? Damals haben die Parteien über die Dawesgesetze ganz anders gesprochen als heute. Die Reichsregierung und diese Parteien sind an allem schuld.

Abg. S c h u l t z (Dem.) führt aus, die Reichsbahngesellschaft habe enttäuscht; sie habe sich den deutschen Gesetzen zu unterwerfen.

Abg. Dr. G i l d e m e i s t e r (D.Bp.): Die hohen Gehälter der obersten Bahnbeamten seien bedenklich (Defer bezieht mehr als 100 000 Mark jährlich neben seiner Wohnung usw.). Das Dawes-Eisenbahngesetz dürfe keine Hemmung sein. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 2 Uhr.

Mussolinis Herausforderung

Außer der deutschnationalen Großen Anfrage über die Unterdrückung Südtirols ist von den vier Regierungsparteien noch eine Anfrage eingebracht worden: In der Sitzung des italienischen Parlaments vom 6. d. Mts. hat der Ministerpräsident Mussolini unter Bezugnahme auf Südtirol Ausführungen gemacht, die das Verhältnis des Reichs zu Italien berühren. Ist der Reichsregierung der amtliche Wortlaut dieser Ausführungen bekannt und ist die Reichsregierung in der Lage, dem Reichstag über ihre Stellungnahme Auskunft zu erteilen?

Die Reichsregierung unterläßt diplomatische Schritte
Das Reichskabinett soll nach den Blättern nicht geneigt sein, gegen die Herausforderungen Mussolinis mehr zu tun, als eine Erklärung im Reichstag abzugeben. Dr. Stresemann besprach sich am Dienstag vormittag mit dem auswärtigen Ausschuss.

Mussolini ändert den Bericht über seine Rede

Der amtliche Bericht über die Rede Mussolinis ist an vielen Stellen abgeändert. Mussolini hat die schärfsten Wendungen selbst torrigiert.

Mussolini der Lügner

Mussolini hat in seiner berüchtigten Rede in Rom u. a. behauptet, es sei eine abscheuliche und lächerliche Lüge, er habe sich wegen der Ausschreitungen gegen Deutsche und gegen deutsche Konsulate usw. entschuldigt. Demgegenüber wird von zuständiger Seite erklärt, daß Mussolini tatsächlich durch zwei seiner Beamten dem deutschen Botschafter v. Neurath sein Bedauern über die Vorfälle hat ausgesprochen lassen. Mussolini hat ferner behauptet, der Botschafter habe ihm nur zwei Fälle von Ausschreitungen gegen Deutsche zur Kenntnis gebracht. Auch das ist un wahr. Der Botschafter hat ihm vielmehr von einer ganzen Anzahl solcher Angriffe Mitteilung gemacht.

Der italienische Cäsar-Napoleon sollte bei seinem unzuverlässigen Gedächtnis doch sich hüten, andere der Lüge zu sein.

Der wilde Mann von Europa

Die Londoner „Daily News“ schreiben in einem Artikel unter der Ueberschrift „Der wilde Mann von Europa“: Wenn Mussolini sich im Jahre 1914 eine solche Rede erlaubt hätte, so würde sie von der deutschen Regierung mit der Uebersetzung des deutschen Botschafters in Rom und einer Kriegserklärung beantwortet worden sein. Selbst die Pazifisten in Deutschland begreifen, daß Deutschland nichts anderes übrig bleibt, als im Geheimen oder offen mit dem Wiederaufbau einer angemessenen Wehrmacht zu beginnen, solange nicht die öffentliche Meinung Europas sich offen auf die Seite Deutschlands stelle.

Der „Daily Telegraph“ sagt, die Drohung Mussolinis, die italienische Fahne über den Brenner hinauszutragen, erfordere ernste Erwägungen des Völkerbunds.

Stresemann und Mussolini

Berlin, 9. Februar

156. Sitzung. Das Haus und die Tribünen sind sehr stark besetzt. Auch das diplomatische Korps ist stark vertreten, besonders bemerkt man den englischen Botschafter und den österreichischen Gesandten. Am Regierungstisch Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. K ü l z, und die anderen Mitglieder des Reichskabinetts. Präsident E b e r t e r ö f f n e t die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die deutschnationale Anfrage über die Gewalttätigkeiten der italienischen Behörden in Südtirol und die Anfrage der Regierungsparteien über die Ausführungen Mussolinis in der italienischen Kammer.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann erhält sofort das Wort.

Dr. Stresemann:

Die Ausführungen, die der italienische Ministerpräsident in der Samstagsitzung des italienischen Parlaments gemacht hat, greifen tief hinein in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rollen darüber hinaus die gesamte Lage auf, die mit dem Abschluß der Verträge von Locarno und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in Verbindung steht. Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini würde Veranlassung geben, ihm in derselben Weise zu antworten (Zustimmung), die deutsche Regierung müsse es aber ablehnen, auf einen derartigen Ton, der wohl mehr auf Massenveranstaltungen als in einer Aussprache mit anderen Nationen berechnet ist, einzugehen. Wir werden sachlich zu den Ausführungen Mussolinis Stellung nehmen. Es handelt sich zunächst einmal darum, die Sachlage fest zu umreißen. Südtirol ist bei den Friedensverträgen Italien zugesprochen worden. Daraus ergaben sich politische Folgen, die wir stets anerkannt haben und anerkennen werden. Die unbeschränkte Souveränität Italiens erhebt aber nicht die Befehlsgewalt, auch nicht vom italienischen Gesichtspunkt aus. Bei der Begründung der Friedensverträge haben wir oft genug von anderer Seite zu hören bekommen, daß es nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral gebe (Sehr richtig). Gleich nach dem Abschluß

der Verträge ist in verschiedenen Regierungserklärungen von italienischer Seite zum Ausdruck gebracht worden, daß gegenüber den neuen Untertanen deutscher Nationalität in Bezug auf Sprache, Kultur und Wirtschaftsinteressen eine in weitem Maß liberale Politik geübt werden sollte. Es ist weiter erklärt worden, Italien liege eine Unterdrückung anderer Rassen fern. Die deutschen Schulen und die deutsche Unterrichtssprache sollen weiter beibehalten werden. So hat Tittoni am 27. September 1919 die Erklärung abgegeben, daß Italien der Gedanke einer Entnationalisierung der neuen Untertanen vollkommen fern liege, und auch der italienische König hat sich in Neapel damals in ähnlichem Sinn ausgesprochen.

Im Gegensatz zu allen diesen Zusicherungen hat die faschistische Herrschaft eine bewußte Italienisierung und Entdeutschung Südtirols vorgenommen. Ueber diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht geleugnete Tatsache ist die Öffentlichkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unwahre und entstellte Einzelnachrichten, wie die von einem Verbot der Weihnachtsbäume und der geplanten Beseitigung des Denkmals Walthers von der Vogelweide in Bozen. Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fernsteht, außerordentlich bedauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Es ist auch die Vermutung geäußert worden, daß solche falschen Nachrichten absichtlich von Spitzeln verbreitet wurden. Diese bedauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtzustand der Italienisierung Südtirols.

In München ist in der Tat von wenigen Privatleuten eine Bewegung zum Boykott Italiens eingeleitet worden. Der Minister erklärt es für durchaus unangebracht, wenn einige Duzend Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik treiben zu können. Diese rein private Beteiligung unverantwortlicher Leute habe Mussolini veranlaßt, dem deutschen Botschafter zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren nach Italien verbieten würde und zum Boykott deutscher Waren auffordern würde, wenn diese Anarachie in der deutschen Öffentlichkeit nicht aufhörte. Es

ist ein unmögliches Vorgehen, die unbeachtete Bewegung weniger Kreise, die von der Reichsregierung entschieden mißbilligt wird, mit dem Bruch internationaler handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen (Zustimmung). So ist eine internationale Zusammenarbeit nicht möglich (Zustimmung). Es wäre eine interessante Frage für die Weltwirtschaftskonferenz, einmal zu prüfen, ob auf diesem Weg internationale Handelsabkommen aufgehoben werden können. Ob diese, vielleicht aus dem Impuls einer augenblicklichen Stimmung geborene Drohung in irgend einer Form aufrecht erhalten werden wird, lasse ich dahingestellt. Die deutsche Reichsregierung würde die letzten Grundlagen des Weltwirtschaftsverkehrs untergraben, wenn sie auf solche Stimmungen Rücksicht nehmen würde.

Stresemann weist darauf hin, daß die faschistische Regierung Italiens die Italienisierung Südtirols als Programm ermittelte. Die deutsche Öffentlichkeit hat dagegen leidenschaftlich Stellung genommen. Die deutsche Regierung hat ihrerseits nur insoweit eingegriffen, als sie die Presse vor Uebertreibungen gewarnt und auf die schädlichen Folgen solcher Uebertreibungen hingewiesen hat. Mussolini sucht den Eindruck zu erwecken, als wenn Deutschland diese Bewegung einfach hätte, als wenn das Signal dazu von der Regierung gegeben worden wäre. Stresemann erinnert daran, daß Italien bei den Locarno-Verhandlungen versuchte, alle Sicherheiten für die Brennergrenze durch internationale Abmachungen zu erreichen. Auch an Deutschland wurde die Frage gerichtet, wie Deutschland sich dazu stellen würde. Ueber die Brennergrenze aber hat Oesterreich zu entscheiden. Wir haben nur ein Interesse daran, zu verhindern, daß der Berechnung des Deutschen unübersehbare Schwierigkeiten bereitet werden. Wir haben es abgelehnt, die Bestimmungen, die sich auf die Idee des Weltpaktes gründeten, auf irgendwelche andere Grenzen zu übertragen. Wir achten das Selbstbestimmungsrecht der Völker und haben nur den Wunsch, daß unseren und Oesterreichs Wünschen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen, nicht in die Schwelgerei hinein die Hindernisse entgegengesetzt werden, die wir seit 1919 erfahren haben. Wir können uns auch nicht der Meinung anschließen, daß es zweierlei Grenzen in Europa gibt: Solche die vertraglich festgelegt und solche, die beweglich sind. Das was hier der deutschen Politik an Ausdehnungsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommen un Sinn. Die deutsche Öffentlichkeit hat in den letzten Jahren Italien große Sympathien entgegengebracht. Das hat sich geändert, als die Nachrichten sich immer mehr verstärkten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Südtirols. Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen „Befehl“ der deutschen Regierung zurückzuführen. Er vergißt, daß man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann. Wir können und wir würden auch der deutschen Presse nicht verbieten, Sympathie zu empfinden und einzutreten für ein Land und Volk, das seit vielen Jahrhunderten deutsch gewesen ist und der deutschen Kulturgemeinschaft weiter angehört.

Wenn aus der Unterdrückung eines Volks die Gefahr einer Störung des Friedens entsteht, so ist der Anruf des Völkerbunds gegeben. (Lachen rechts und bei den Kommunisten). Das Reichskabinett hat den Eintritt in den Völkerbund beschlossen und ist darin bekräftigt worden durch die Rede Mussolinis. Diese Rede ist in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung gegen Deutschland und Oesterreich aufgefaßt worden. Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerbunds unvereinbar. Unvereinbar mit diesem Geist ist auch die Ueberheblichkeit und Missethätigkeit der Ausführungen Mussolinis, die kein Ausdruck innerer Kraft zu sein brauchen. Dr. Stresemann wendet sich dann zu den Ausführungen Mussolinis über Waller von der Vogelweide. Mussolini habe diesen Mann völlig verkauft. Das Deutschland Wallers von der Vogelweide sei ein Zeugnis dafür, daß Bozen innerhalb der deutschen Kulturgemeinschaft liege. (Lebhafte Beifall). Mussolini habe mit Unrecht den deutschen Touristen Mißbrauch der italienischen Gastfreundschaft vorgeworfen. Wenn die Zahl der deutschen Touristen in Italien vielleicht zurückgeht, so sei das eine Folge der Rede Mussolinis. Ministerpräsident Held in München habe sich keineswegs geäußert, wie Mussolini angeführt habe. Wünschenswert erscheine es allerdings, daß auswärtige Politik nur von den Reichsstellen gemacht werde. Verantwortlich sei jedenfalls nur die Reichsregierung. (Zustimmung). Es sei kein Zeichen innerer Kraft, wenn man die Widerheit in Südtirol vergewaltigen wolle.

Mussolini hat davon gesprochen, die italienische Fahne über den Brenner hinauszutragen. Handlungen der deutschen Regierung kommen dabei nicht in Frage. Wenn er Auslassungen der deutschen Presse meinen sollte, so ist festzustellen, daß Deutschland nicht die Absicht hat, die Pressefreiheit anzuzufassen. Das Recht Deutschlands, mit seinen deutschen Blutsbrüdern zu fühlen, ist ein Naturrecht, das wir uns von niemanden nehmen lassen. Ein Einschreiten dagegen lehnt die Reichsregierung ab. Die Rede Mussolinis widerspricht dem Geist des Völkerbunds. Ihre Absicht zwingt Deutschland zum Zusammenschluß mit denjenigen Nationen, deren Politik gegen eine Bedrohung Europas gerichtet ist. Der Tendenz der Rede muß im Völkerbund entgegengetreten werden.

Der Minister schließt: Das deutsche Volk will auch mit den italienischen, wie mit anderen Völkern in Frieden leben, aber dazu gehört die Selbstachtung. Neuere Machtpolitik ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust der inneren Kraft, wenn sie sich auf das eigene nationale Gefühl verläßt. (Lebhafte Beifall).

Abg. Dr. S c h o l z (D.Bp.) gibt im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der die Beleidigungen

Aus dem tschechischen „Rechtsstaat“

Die ungeheuerlichen Bestimmungen gegen die deutsche Sprache

In die Zeit, wo mit dem Schlagwort Locarno im In- und Ausland so viel gegeistert wird, fällt die Herausgabe der Sprachenverordnung in der Tschechoslowakei, durch die der schwerste Eingriff gegen den Bestand der deutschen Sprache in der Tschechoslowakei und damit gegen den Bestand des Deutschums überhaupt eingeleitet wird.

Es ist erschütternd, aus der Verordnung zu ersehen, was der angeblich gleichberechtigte deutsche Staatsbürger hier alles tun muß, was die tschechische Regierung alles tun kann. So kann in einer Gemeinde, in der neben 3000 Deutschen auch ein einziger Tscheche wohnt, dieser von dem deutschen Bürgermeister die tschechische Amtsführung verlangen und durchsetzen; und wenn, wie es meistens der Fall ist, der deutsche Bürgermeister die tschechische Sprache nicht beherrscht, so ist die Gemeinde gehalten, einen tschechischen Gemeindefunktionär anzustellen! Durch den Artikel 99, der erst im letzten Augenblick infolge einer Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtshofs gegen die Sprachenpraxis der Verwaltungsbehörden der Verordnung angehängt wurde, kann und wird jeder Schuster und Schneider im deutschen Sprachgebiet gezwungen werden, sein Firmenschild mit der tschechischen Aufschrift zu versehen. Gegen den Rechtsanwalt, der erklärt, die Staatsprache, nämlich die nicht bestehende tschechoslowakische Sprache, nicht zu kennen, der aber ein paar Brocken versteht oder lesen kann, wird einfach ein Disziplinarverfahren eröffnet werden. Bei außerhalb der deutschsprachigen Gebiete gelegenen Behörden und Gerichten ist ein der tschechischen Sprache nicht mächtiger deutscher Staatsbürger völlig rechtlos. Die Verordnung sieht vor, daß er, falls er die Staatsprache nicht

spricht, einfach mit seinen Ansprüchen abzuweisen ist.

Ist es denkbar, daß der Völkerbund solche Dinge geistehen läßt? Ist es möglich, daß niemand im Völkerbundsrat einer derartigen Bergewaltigung widersprechen wird? Bemerkenswert ist auch die Bestimmung, daß beispielsweise eine Steuererklärung, auch in Prag, wo bis auf weiteres die deutsche Sprache verpönt ist, also in rein tschechischem Gebiet, deutsch abgegeben werden kann. Draufschrei kann nicht befohlen werden, daß es nur tschechisch, aber keine Rechte gibt. Wo die Deutschen zahlen sollen, da wird Deutsch verstanden, wenn sie Rechte verlangen, dann versteht man sie nicht. Schließlich sagt eine Bestimmung, daß derjenige Deutsche, der tschechisch spricht, aber vor dem Amt nicht sprechen will, durch eine Geldstrafe bis zu 100 Kronen zum Reden gebracht werden kann. Und so geht es fort. Es ist klar, daß diese Verordnung die deutsche Bevölkerung aufs höchste erregt. Daß diese Wirkung auch in Regierungskreisen vorausgesehen wurde, geht daraus hervor, daß die tschechischen sozialdemokratischen Minister es abgelehnt haben, die Verordnung zu unterschreiben.

Alle deutschen Blätter in Böhmen kündigen die schärfste Opposition gegen die Regierung an, und auch die tschechische Presse macht sich auf harte Tage gefaßt. Es ist zu erwarten, daß das für 16. Februar einberufene Parlament tschechische Verhandlungen erleben wird. Einige tschechische Blätter machen auch darauf aufmerksam, daß die Verordnung, die die Durchführung zum Sprachengesetz vom Jahr 1920 darstellt, die also volle sechs Jahre auf sich haben warten lassen, in vielen Punkten im Widerspruch zum Gesetz steht. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof kann sich also auf einen Massenstreik der deutschen Bevölkerung gegen diese Bergewaltigung gefaßt machen.

und Drohungen Mussolinis als eine Rückkehr zur Politik der Gewalt zurückgewiesen werden. Sie seien geeignet, den Frieden Europas zu bedrohen. Weder die deutsche Regierung, noch irgendwelche verantwortlichen Stellen haben eine Parole gegen Italien ausgegeben. Gegen das Unrecht in Südtirol müsse vor aller Welt lauter Einspruch erhoben werden. In der Beurteilung dieser Frage weiß sich das deutsche Volk einig mit den Gerechtigkeitstendenzen aller Nationen.

Abg. Stämpfer (Soz.) nennt als Ausgangspunkt des Streits die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten. Sachlich sei gegen diese Rede nichts einzuwenden. Es sei aber bedenklich, wenn in einzelnen Ländern auswärtige Politik gemacht werde. Mussolinis Regierungsmethode sei nur Barbarei. Wie könne er da von Deutschen als von Barbaren sprechen. Der Redner sendet einen Gruß an die italienischen Arbeiter.

Abg. Dr. Spahn (Deutschnat.) erhebt Einspruch gegen die unmensliche Gewalttätigkeit, die italienische Behörden und Faschistenverbände in Südtirol ausüben. Mussolini habe kein Recht, an die alten Römer zu erinnern. Denn diese hätten Kultur, Sprache und Sitten der anderen immer geschont. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Held könne man es nicht verargen, wenn er sich der unterdrückten Südtiroler angenommen habe. Er habe nur eine nationale Pflicht wahrgenommen. Mussolini habe sich früher anders geäußert. Hoffentlich werde der Zwischenfall die Gesamtsituation zwischen Deutschland und Italien nicht verschlechtern. Die Südtiroler aber würden allen Verfolgungen zum Trotz ihr Deutschtum immer bewahren. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Stöcker (Komm.) protestiert ebenfalls gegen die Unterdrückung der Südtiroler.

Behördenabbau

Nach der Revolution ist eine Anzahl von Behörden geblieben, und diese sind noch mit einer solchen Menge von Beamten und Angestellten aufgefüllt worden, daß der im Jahr 1923 in die Wege geleitete Personalabbau eine unmittelbare Notwendigkeit gewesen ist. Freilich ist dieser Abbau in recht ungeschickter und unzuverlässiger Weise durchgeführt worden. Es hätte nahegelegen, zunächst diejenigen Elemente aus dem Beamtenkörper zu entfernen, die ohne jegliche Vorbildung aus berufsfremden Tätigkeiten in ihn eingetreten waren und die in ihrem früheren Beruf sich leicht wieder eine Verdienstmöglichkeit hätten schaffen können, ohne daß sie eine dauernde finanzielle Belastung für Reich und Staat bedeutet hätten. Statt dessen wurde nun in schematischer Weise eine Zwangspensionierung aller älteren Beamten bewirkt, die noch in voller Rüstigkeit, mit ihrer Intelligenz und Erfahrung vielfach die besten Arbeitskräfte darstellten. Der Besoldungsstaat wurde dadurch allerdings erheblich herabgedrückt, dafür schwang sich aber der Pensions- und Wartegeldetat zu einer geradezu beklemmenden Höhe empor. Nicht minder groß war der Fehler, daß nicht gleichzeitig mit dem Beamtenabbau ein Behördenabbau in größerem Umfang in Angriff genommen wurde. Die große Zahl der neuerschaffenen Reichs- und Staatsministerien ist fast unvermindert bestehen geblieben und die Zahl der in ihnen beschäftigten Beamten ist nur unerheblich eingeschränkt worden. Das frühere Reichsamt des Innern hatte mit seinen ungefähr zwanzig vortragenden Räten und der ihnen entsprechenden Zahl von expedierenden Sekretären in der Hauptache diejenigen Aufgaben zu bewältigen, die heute das Reichsministerium des Innern, das Reichsarbeitsministerium, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsernährungsministerium mit ihren wohl über 300 Referenten und den entsprechenden Expendienten zu erfüllen haben. Wo sind die Gesetzgebungswerke dieser Ministerien, die sich etwa der monumentalen Reichsverfassungsordnung des alten Reichsamts des Innern an die Seite stellen könnten? Sie fehlen; und diese Tatsache läßt erkennen, daß die große Zahl der freiwillig zum Teil ungeschulten und in der Praxis nicht ausgebildeten Kräfte in diesen Ministerien mit einer Tätigkeit befaßt ist, die nicht als eine ministerielle angesehen werden darf, nicht mit einer Regierungstätigkeit, wie sie früher allein der Zentralinstanz vorbehalten war, sondern mit einer Verwaltungstätigkeit, wie sie von den nachgeordneten Behörden zu leisten ist. Da letztere gleichwohl die nämliche Arbeit aufwenden müssen, so entsteht ein Sinecureregiment der obersten Reichsinstanzen in die Wirksamkeit der von ihnen abhängigen Provinzialinstanzen oder der zuständigen Instanzen der einzelnen Länder, das nicht nur überflüssig ist, sondern vielfach auch schädigend und verwirrend wirkt.

Was hier von dem Reichsministerium gesagt ist, gilt nicht minder von den einzelstaatlichen Zentralbehörden. Über die Resortheitelkeit auf der einen Seite und das Bedürfnis, möglichst viele Parlamentarier bzw. parlamentarische Fraktionen an der Regierung zu beteiligen, auf der anderen Seite sind stärker als alle Sparmaßnahmebestrebungen, die etwa von dem Spartenkommissar ausgehen. Von einer Wirksamkeit des letzteren ist überhaupt in keinem Zweig der Verwaltung etwas zu spüren. Die Reichsfinanzverwaltung ist mit Behörden und Arbeitskräften wie ein mit Wasser vollgesehener Schwamm aufgefüllt. Niemand wird die Behauptung aufstellen wollen, daß die Qualität ihrer Arbeit an die ihrer Vorgänger, des bescheidenen Reichsschatzkanzlers und der in ihrem Umfang viel kleineren ehemaligen Landesfinanzbehörden, auch nur herankommt.

Zu noch schärferer Kritik fordert das Fortbestehen der Hauptversorgungsämter heraus. Diese, aus Abteilungen der früheren Generalkommandos hervorgegangenen Behörden mögen in den ersten Jahren nach dem Krieg, als es sich um die Einrichtung des Versorgungswesens für die Kriegssopfer handelte, eine Notwendigkeit gewesen sein. Inzwischen ist ihre damalige Hauptaufgabe, die Feststellung der Renten, soweit sie nicht auch schon damals durch die Versorgungsämter erfolgte, restlos auf die letzteren übergegangen. Diese haben seit fast zwei Jahren auch das gesamte Regelungsweesen von jenen übernommen. Die sogenannten Verwaltungsabteilungen, die jetzt nach der Auflösung der meisten Lazarette nur noch ganz geringfügige bauliche Angelegenheiten zu erledigen haben, können ohne weiteres von den Bauabteilungen der Landesfinanzämter aufgenommen werden, und jeder im Versorgungswesen beschäftigte Arzt wird ohne weiteres gegeben, daß die ärztlichen Pflichten der Hauptversorgungsämter von den Ärzten der Versorgungsämter mit Leichtigkeit wahrgenommen werden können, was außerdem eine erhebliche Ersparnis an Schreibwerk zur Folge haben würde. Gleichwohl wird ungeachtet der dringenden Not des Volks an diesen überflüssigen Behörden mit ihrem großen Beamtenapparat, ihren hohen sachlichen Ausgaben und dem Erfordernis großer Dienstgebäude festgehalten.

Was vom Reiche gilt, das gilt auch von den einzelnen Ländern. Es ist im hohen Grad bedauerlich, daß die nun seit Jahren geplante Vereinfachung der Verwaltung nicht

von der Stelle kommt. Wie viele Millionen würden erspart werden, wenn die Reichs- und Landesregierungen sich endlich entschließen wollten, auch auf diesem Weg, nicht bloß mit fragwürdigen Preisabbauperordnungen der Not des Volks Rechnung zu tragen.

Neuestes vom Tage

Das Aufnahmegericht Deutschlands an den Völkerbund

Genf, 9. Febr. Wie die Schweizerische Depeschengeratur vernimmt, wird das Gesuch Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund dem Generalsekretär am Mittwoch durch den deutschen Generalkonsul in Genf, Aschmann, zugestellt werden. Der Völkerbundrat ist für Freitag zu einer außerordentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des italienischen Vertreters einberufen, um über die Einberufung der außerordentlichen Völkerbundversammlung Beschluß zu fassen, welche sich über das Zulassungsgesuch Deutschlands auszusprechen und die damit zusammenhängenden Fragen zu beraten hat. Diese Versammlung ist für den 10. März vorgesehen.

Der englische Innenminister über die bedrohliche innere Lage

London, 9. Febr. Der Minister des Innern Johnson Hicks sagte gestern in einer Rede in Ipswich, es gebe im gegenwärtigen Augenblick eine ziemlich erhebliche Gefährlichkeit im Lande. Im Laufe der nächsten zwei oder drei Monate könnte eine sehr ernste Unruhe entstehen. In einem solchen Falle müsse die Regierung die Verantwortung übernehmen nicht in der Weise, daß sie Streiks breche, sondern, daß sie dafür Sorge, daß das Leben der Bevölkerung nicht in Gefahr gerate, daß Nahrungsmittel vorhanden seien und daß der Handel soweit als möglich aufrecht erhalten werde. Die Regierung habe bestimmte Vorkehrungen getroffen, aber die Londoner Arbeiterpartei habe am Samstag eine Entscheidung gefällt, daß sie nichts mit den Plänen der Regierung zu tun haben wolle. Diese Partei möge aber auf der Hut sein, denn der Staat sei mächtiger als irgend eine Partei. Er fordere die Mitglieder aller Parteien auf, der Gemeinschaft zu helfen, wenn die schreckliche Notwendigkeit sich ergebe.

Frankreichs Schwierigkeiten in Syrien

London, 9. Febr. Der Korrespondent der „Daily Mail“ in Jerusalem meldet, er erfahre zuverlässig, daß die französische Regierung es abgelehnt habe, Truppen und Geld für eine weitere Offensive gegen die aufständischen Drusen zu gewähren und den Oberkommissar de Jouvenel angewiesen habe, alsbald einen Frieden unter bestmöglichen Bedingungen zu schließen.

Eine indische Marine

Delhi, 9. Febr. Der Vizekönig teilt mit, daß eine kaiserlich indische Marine geschaffen werden solle, in der Indier als Offiziere dienen dürfen.

Württemberg

Die Landwirtschaftliche Woche 1926

Unter dem Vorsitz des Landesökonomierats Dr. Teichert-Wangen tagte der

Milchwirtschaftliche Landesverband.

Der Vorsitzende erstattete Bericht über das abgelaufene Jahr und die gegenwärtige Lage des Verbandes. Für dessen Neuorganisation wurde eine Kommission aus den Kreisen der Erzeuger von Frischmilch und Wertmilch, der Verarbeitung, des Handels und des Konsums gewählt.

Der Landesverband der Landw. Hausfrauenvereine

erledigte die geschäftlichen Angelegenheiten, wobei sich eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrags nicht umgehen ließ. Er beträgt 1926 2.50 M pro Mitglied.

Die Hauptversammlung wurde um 10.30 Uhr von Frau Schultheiß Dreher-Weil im Dorf eröffnet. — Nachmittags 3 Uhr fanden zwei weitere Vorträge über Geflügelzucht und -haltung statt.

Die Mitgliederversammlung des Landwirtsch. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern konnte als Mittelpunkt der Landw. Woche einen außerordentlich starken Besuch verzeichnen. Als Gäste waren anwesend: Finanzminister Dr. Dehlinger, Staatsrat Rau, in Vertretung des erkrankten Staatspräsidenten, Ministerialrat Springer und Regierungsrat Dr. Müngenmaier vom Ernährungsministerium, Prof. Dr. Wacker von der Landw. Hochschule Hohenheim, Ober-

regierungsrat Braig von der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Bürgermeister Dr. Dollinger, als Vertreter der Stadt, Präsident der Landwirtschaftskammer Adorna, Oberreg. Rat Baier-Stuttgart, Graf v. Rechberg-Donzdorf, Baron Frenenberg-Almendingen und Frau Schultheiß Dreher-Weil im Dorf für verschiedene landw. Vereinigungen.

Präsident Dietlen bezeichnete die Notlage der Landwirtschaft als so weit vorgeschritten, daß die Enteignung des Grundbesitzes alsbald durchgeführt wird. Neben der Selbsthilfe müsse der Bauer die Unterstützung des Staats verlangen, da er seinen Betrieb nicht einfach schließen könne, wie dies anderen Kreisen der Wirtschaft möglich ist.

Den Hauptbericht erstattete alsdann, für den verhinderten Staatssekretär Dr. Hagedorn-Berlin einpringend, das Mitglied des preuß. Landtags v. Papen-Dülmen i. W. Der Redner überbrachte unter starkem Beifall die Grüße seiner westfälischen Landesteile und gab ein klares Bild der Agrarnot unter dem Gesichtswinkel der Verflechtung der Landwirtschaft mit der Gesamtwirtschaft. Das vielgestaltige Problem erfordere drei Hauptforderungen: 1. Wiederherstellung der Produktionsgrundlage und Erhebung der der Landwirtschaft in der Wirtschaft zukommenden Stellung; 2. Verbesserung des Produktionsapparats durch ein klares, einfaches, zielbewusstes Agrarprogramm und 3. Lösung der deutschen Bevölkerungsfrage. Der früheren gleichmäßigen Verteilung des Kapitals auf die gesamten Wirtschaftszweige steht heute die Herrschaft des Finanzkapitals in den Händen einiger weniger gegenüber. Außerdem haben wir heute einen mit Substanzensteuer operierenden Staatssozialismus. Die Kernfrage für die Landwirtschaft, wie allgemein, ist die Kapitalknappheit. Die Auslandskredite wurden konsumiert statt produktiv verwendet. Das Agrarprogramm muß fünf Hauptpunkte umfassen: 1. Einwandfreies Saatgut; 2. Verwendung der Drillmaschine und Verminderung der Saatmenge; 3. richtige Behandlung der Saat durch Eggen und Hacken; 4. durch Steigerung des Kunstdüngernutzens; 5. bessere Pflege des Stalldüngers als Grundlage dauernden Aufschwungs. Wir brauchen eine großzügige Siedlung für nachgeborene Bauernsöhne.

Frau Schultheiß Dreher-Weil im Dorf warb im Namen des Landesverbandes der Hausfrauenvereine für den Beitritt der Bauernfrauen zu dieser Organisation. Landtagsabg. Dinger-Calz sprach über die Bauernnot in Württemberg. Nur langfristige Kredite auf etwa 10 Jahre können den Bauern helfen. Insbesondere nahm sich der Redner der Frage des Milchabfahes an und kennzeichnete die viel zu hohe Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis mit entsprechendem Zahlenmaterial. Die Landwirtschaft müsse die schnellste Beseitigung der Milchkonzessionierung verlangen. — Die derzeitige württ. Regierung habe sich in erfreulicher, für das Reich vorbildlicher Weise der Landwirte angenommen. Der Vorschlag des Redners, dem Staatspräsidenten die Wünsche zur baldigen Wiedergenehmigung durch ein Telegramm zu übermitteln, wurde von der Versammlung mit starker Zustimmung begleitet.

Generaldirektor Hummel erstattete den Tätigkeitsbericht für das Jahr 1925. Der Mitgliederstand betrug 89 000. Er ist jetzt auf 84 000—85 000 zurückgegangen. Eine starke Werbetätigkeit hat aber bereits wieder neue Zugangserfolge gebracht. Vorstandsmittglied Mayer-Pommersweiler, widmete dem scheidenden, allseitig beliebten verdienstvollen Vorstandsmittglied Hornung-Schaubert warme Worte der Anerkennung und Abschiedswünsche. Hornung dankte mit einem kraftvollen Appell zur Pflichterfüllung des Bauern seinem Berufsstand gegenüber.

(Schluß folgt.)

Stuttgart, 9. Febr. Verbot der Mitwirkung der Schulen bei privaten Wettbewerben. Das Kultministerium hat für die Zukunft allen Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen untersagt, sich in irgend einer Form an Wettbewerben für die Schulfugend zu beteiligen, geschweige denn sie in der Schule zu behandeln, oder sich vermittelnd zwischen der preisauschreibenden Stelle und den Schülern zu betätigen.

Vermißt. Der Kaufmann Emil Springer aus Stuttgart hat am 17. Januar von Oberstdorf aus eine Schwanderung angetreten. Mit diesem Tage wird er vermißt. Man hofft, daß er verunglückt ist.

Totschlag. Das Schwurgericht hat den 35 J. a. Schreiner Wilhelm Bauer von Warmbronn wegen Totschlags zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Bauer hatte im Oktober v. J. gelegentlich einer Hochzeitsfeier nach vorausgegangenem Streit den Bauern Rudolf Häring erschossen.

Aus S

Wid
Tod k
man d
zeige
Gelbst
Hegre
wolle
wo ein
weichte.

**Beräumli
Ortsvorsteher**

Letzen Son
Körperschaftsbeam
in der „Vinde“
Stadtschultheiß W
amtsvorstand und
Otto Er gedacht
Koll. Ziegler, S
echten humorvollen
das Andenken an
Eigen. Der St
Ueberzucht von S
eine Rechnungsfüh
— Die Gemeinde
fiatfiit über ihre
den endgültigen Be
meinden auf 1.
größte Aufmerksamkeit
zu ihrer Besprech
Oberamtmanntei
sorge und der M
nächst zur Beschlu
der Neubauten in
die nötigen Baulei
nicht begonnen w
lebensgehalte vor
einzuräumen. Bei
tel Inapp. Die
„Gemeinschaft der
franzosen nachger
Definitivität und
beitslosigkeit, die
sich ausdehnt, be
strukturem Vortra
landsarbeiten.
gestalten, sollten
lofenfürsorge dur
sollte mindestens
langt werden.
dem Erwerbslose
schädigung für G
30 J täglich ger
Lenz berichtete
pahl dieses Gesel
dium. — Herr
Steuererträge
füllung der Ziele
im Uebermaß ge
sprache, an der s
und wie ein
vielen Vereinen
Man war sich d
allein nicht geb
Ausprache mit
einsoorständen d
Schwarzwaldbau
genommen werden
Vorfindende die
lung mit Dank.

Handelskamm

In der leg
zunächst das G
durchgeführten B
laufen und hat
fänger wurde
vertretender Vo
gewählt wurden
Vempennau,
Herr Otto L
öffentlich anguk
aufs neue weg
Reichswirtschaft
wärtige Wirtschaft
dieser Richtung
Amtsgericht zu
lichten der St
doppelten Uebe
Neuordnung bei
gierung bearbei
die in der Sau
zur Verfügung
früher und gere
Frageplanmüsch
örterung unterz
der Anschläge i
Eünige Beispiele
Pforzheim ab n
Calw ab 7.00,
nach München
Stuttgart an 2
den See, 2.05 na
In Stuttgart
Kirchheim 7.54
Auch auf die Wi
der Strecke Gut
wieder hingear
hat auch in un
kaufstage abgeh
schädigende Lät
Nachdruck befä
stetsberechtigun
chungen schloß

Am getrig
Vereinshaus v
über das Them
hatte sich zur
die Ursachen, G
schlechtestankf

Aus Stadt und Land

Agold, 10. Februar 1926.

Wichtig nehmen alle das Sterben; aber noch ist der Tod kein Fest. Noch erlernten die Menschen nicht, wie man die schönsten Feste weicht. Den vollbringenden Tod zeige ich euch, der den Lebenden ein Sackel und ein Gelübnis wird. Seinen Tod stirbt der Vollbringende siegreich, umringt von Hoffenden und Gelobenden. Also sollte man sterben lernen, und es sollte kein Fest geben, wo ein solcher Sterbender nicht der Lebenden Schwüre weicht.

Verammlung der Körperschaftsbeamten, Ortsvorsteher und Rechnungvereinerung Agold.

Letzten Samstag versammelten sich die Gemeinde- und Körperschaftsbeamten, die Ortsvorsteher und Gemeinerechner in der „Linde“ in Agold zu ihrer ordentlichen Tagung. — Stadtschultheiß Mater begrüßte als Gäste den Herrn Oberamtsvorstand und auch den später erschienenen Herrn Dekan Otto. Er gedachte in ehrenden Worten des Heimganges des Koll. Ziegler, Schönbrunn, eines treuen Mitglieds und eines echten humorvollen Schwarzwaldbäuers. Die Anwesenden ehrten das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. — Der Kassenbericht des Vereinskassiers ergab einen Ueberschuß von 82 M 51 S. Dem Koll. Schmid wird für seine Rechnungsführung herzlich gedankt und Entlastung erteilt.

Die Gemeinden haben in nächster Zeit eine große Finanzstatistik über ihre Einnahmen und Ausgaben zu fertigen, die den endgültigen Finanzausgleich zwischen Reich, Land und Gemeinden auf 1. 4. 1927 vorbereiten soll. Der Arbeit muß größte Aufmerksamkeit geschenkt werden und es wird nötig sein, zu ihrer Besprechung besonders zusammen zu kommen. Herr Oberamtsmann teilt die neuen Richtlinien über gehobene Fürsorge und der Armenfürsorge mit. Die Richtlinien werden demnächst zur Beschlußfassung hinausgegeben. — Die Finanzierung der Neubauten für 1925 ist noch nicht sicher gestellt. Solange die nötigen Baukapitalien nicht verfügbar sind, sollte mit Bauen nicht begonnen werden. Es empfiehlt sich jetzt, die Baubereitschaft vorzubereiten und an die Wohnungskreditanstalt einzureichen. Bei der Landesversicherungsanstalt sind die Mittel knapp. Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der „Gemeinschaft der Freunde“ werden derzeit durch staatl. Instanzen nachgeprüft. Ueber das Ergebnis wird später die Öffentlichkeit unterrichtet werden. — Das Problem der Arbeitslosigkeit, die auch in unserem Bezirk in ungeahnter Weise sich ausbreitet, behandelte Rechnungsrat Ziegler in sehr instruktivem Vortrag über die Erwerbslosenfürsorge und die Notstandsarbeiten. Wo immer angängig und die Verhältnisse es gestatten, sollten Notstandsarbeiten als produktive Erwerbslosenfürsorge durchgeführt werden. Wo dies nicht möglich ist, sollte mindestens die zweitägige Pflichtarbeit in der Woche verlangt werden. An diesen Pflichttagen soll die Gemeinde zu dem Erwerbslosen je einen 50%igen Zuschlag und eine Entschädigung für Geschirr und allgemeinen Verbrauch von 30 S täglich gewähren. — Der Mitvorsitzende Stadtschultheiß Lenz berichtete über die neue Landessteuerordnung und empfahl dieses Gesetz besonders den Gemeindeführern zum Studium. — Herr Oberamtsfleher Kapf teilt näheres über die Steuererhöhungen mit und ermahnt eindringlich zu besserer Erfüllung der Lieferungspläne. — Feste wurden im letzten Jahr im Uebermaß gefeiert. Man unterhält sich in einer regen Aussprache, an der sich besonders der Herr Dekan Otto beteiligte, ob und wie eine Eindämmung dieser Festzüge, die selbst von vielen Vereinen beklagt wird, im neuen Jahr möglich wäre. Man war sich darüber einig, daß hier mit Polizeivorchriften allein nicht geholfen ist und daß als das Zweckmäßigste eine Aussprache mit den beteiligten Kreisen, insbesondere den Vereinsvorständen des Bezirks gehalten wird. Dabei soll über den Schwarzwaldbau auch mit den Nachbarbezirken Fühlung genommen werden. — Nach mehrstündiger Beratung konnte der Vorsitzende die anregend und harmonisch verlaufene Versammlung mit Dankesworten an die Vortragenden schließen.

Handelskammerprüfung in Calw am 6. Febr. 1926.

In der letzten öffentlichen Sitzung hat die Handelskammer zunächst das Ergebnis der erstmalig von der Kammer selbst durchgeführten Wahl festgestellt; die Wahl ist ordnungsmäßig verlaufen und hat zu keinen Beanstandungen geführt. Als Vorsitzender wurde wiederum Herr Sannwald, Calw, als stellvertretender Vorsitzender Herr Dreiß, Calw, gewählt. Zugewählt wurden die Herren G. Graf, Dorndorf und Herr. Wempenau, Hohen. — Es wurde sodann beschlossen, Herrn Otto Luber in Wildbad als Bücherfachverständigen öffentlich anzustellen und zu beiziegen. — Die Kammer wird auch neue wegen Einführung des Registerpfandrechts beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig werden, da die gegenwärtige Wirtschaftskrisis zu einer Sicherung der Gläubiger in dieser Richtung drängt. Es wird für die Schaffung eines beim Amtsgericht zu führenden Registers eingetreten, das der Öffentlichkeit der Sicherungsüberzeugung vorbeugt und die Gefahr der doppelten Ueberbürdung ausschaltet. — Da gegenwärtig die Neuordnung der Gemeinde- und Bezirksordnung von der Regierung bearbeitet wird, muß darauf hingewirkt werden, daß die erwerbstätigen Stände, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, die in der Hauptsache die Mittel für die Kommunalverwaltung zur Verfügung stellen, auch bei der Verteilung dieser Mittel härter und gerechter als bisher herangezogen werden. — Die Fahrplanwünsche des Bezirks wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Wieder und wieder soll auf Verbesserung der Anschlüsse in Pforzheim und Stuttgart hingewiesen werden. Einige Beispiele: Calw ab 11.24, Pforzheim an 12.20. D 59 Pforzheim ab nach Stuttgart mit Anschluß nach Heilbronn 12.12. Calw ab 7.00, Stuttgart an 9.05. 8.36 fährt der Schnellzug nach München und Friedrichshafen weg. Calw ab 12.11, Stuttgart an 2.16. D 59 fährt 1.40 nach München und Bodensee, 2.05 nach Aalen. Stuttgart ab 7.40, Calw an 9.52. In Stuttgart trifft der Zug von Aalen her ein 7.52, von Kirchheim 7.54. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Auch auf die Wiedereinführung der Triebwagen, die sich gerade auf der Strecke Gutingen—Pforzheim besonders bewährt haben, soll wieder hingearbeitet werden. — Die Beamtenwirtschaftsstelle hat auch in unserem Bezirk eine Musterausstellung und Verkaufstage abgehalten. Diese den Einzelhandel auf das schwerste schädigende Tätigkeit der Beamtenwirtschaftsstelle wird mit allem Nachdruck bekämpft werden, da sie heute durchaus keine Existenzberechtigung mehr hat. — Nach weiteren internen Besprechungen schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Vortrag Dr. med. Büsching.

Am gestrigen Abend sprach Herr Dr. med. Büsching im Vereinshaus vor einem bis auf den letzten Platz gefüllten Saal über das Thema „Ein Arzt zur Sittlichkeitsfrage“. Der Redner hatte sich zur Aufgabe gemacht, die Zuhörer hauptsächlich über die Ursachen, Entstehung, Bekämpfung und Verhütung der Geschlechtskrankheiten aufzuklären. Der rein sachlich gehaltene Vortrag ließ mit erschütternder Deutlichkeit die einem Volke in diesen Krankheiten drohende Gefahr erkennen, die aufzuhalten, nicht allein in der Macht der Ärzte durch Heilung der Krankheiten liege, sondern wo es vielmehr darauf ankomme dem Uebel an die Wurzel zu gehen, d. h. das sittliche und moralische Niveau des Volkes zu heben, die Jugend dem Alter und der Einstellung entsprechend aufzuklären und nicht, wie es vielfach aus falscher Scham geschehe, verbummen zu lassen, damit sie umso leichter mit geschlossenen Augen in ihr Unglück hineingeraten. Alle behandelten Gebiete, Geschlechtskrankheiten, Abtreibung, richtige und falsche Erziehung und Aufklärung usw. waren mit überzeugenden Beispielen erleuchtet, sodas wohl viele, die bisher vor derartigen Materien Auge und Ohr geschlossen gehalten, die ungeheure Wichtigkeit dieses Gebietes eingesehen haben. — In einer diesem allgemeinen Vortrag vorangegangenen internen Besprechung innerhalb geladener Damen und Herren wurde hier in Agold eine Komitee aus den verschiedensten Berufskreisen gegründet, das sich diese Fragen besonders angelegen sein lassen will. — Auf die Einzelheiten des Vortrages im allgemeinen und im besonderen einzugehen würde einerseits zu weit führen, andererseits mag wohl auch diese Stelle nicht dazu geeignet sein, ausführlich darüber zu berichten. Es ist vielmehr jedes einzelnen Sache, in dieses Gebiet einzudringen, seine Kinder dementsprechend zu erziehen, seinen Nächsten aufzuklären, überhaupt daran mitzuarbeiten bildend und erzieherisch auf unseren Volkskörper zu wirken. Dr. Büsching, der sich seiner Aufgabe in anerkannter Weise glänzend entledigte, wenn auch seine politischen Parallelen nicht immer am Platze gewesen sein mögen, schloß mit den Worten: „Mit Gottes Hilfe, heraus aus dem Sumpf!“

Weitere Belästigungen des unbekanntem Wütlings.

Wie wir in unserer ersten Notiz von den Exhibitionisten bereits meldeten, muß sich in der näheren und weiteren Umgebung von Agold immer noch ein Individuum herumtreiben, das in nächtlichen Stunden Frauen und Mädchen belästigt. Diese Meldung wird durch eine neuere Nachricht bestätigt, die besagt, daß zwischen Ueberberg und Bernsd wiederum ein Mädchen morgens um 1/2 9 Uhr von diesem Manne angehalten wurde. Der Betroffene wird als großer, etwa 25jähriger Mann geschildert.

Erhöhung der Gebäudeentwässerungssteuer.

Am 1. Febr. erhöht sich in Württemberg die staatliche Gebäudeentwässerungssteuer monatlich von 1,4 auf 1,8 S. S. des vollen Gebäudekatasters, die Gemeindesteuer bleibt mit 0,6 S. S. unverändert. Die Umjahsteuer (ohne Gemeindezuschlag) erhöht sich also auf monatlich 2,4 S. S. des vollen Gebäudekatasters. Befreit sind Gebäude, die dauernd landw., forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, nicht jedoch Wohnräume, ob sie von den Eigentümern selbst bewohnt oder vermietet sind. Nur die vom Landwirt an seine landw. Dienstboten zugewiesenen Schlafräume und die von ihm als Teil des Arbeitslohns seinen verheirateten landw. Arbeitern überlassenen Wohnungen können als „landwirtschaftlichen Zwecken dienend“ befreit werden, nicht aber die vom Landwirt selbst oder von anderen zu gewerblichen Zwecken benutzten Räume. Dient mehr als die Hälfte des Gebäudes landwirtschaftlichen Zwecken, so ist das ganze Gebäude von der Gebäudeentwässerungssteuer freizulassen; im umgekehrten Fall ist das ganze Gebäude zur Steuer heranzuziehen. Bei der in Bärtingen vielfach üblichen baulichen Verbindung von Eigenwohnhaus und Wirtschaftsgebäude der kleineren und mittleren Landwirte wird hienach für die Regel das ganze Gebäude (einschließlich des vom Eigentümer bewohnten Teils) von der Gebäudeentwässerungssteuer freizulassen sein.

Warnung an die Landwirte vor Kreditfischwindlern.

Es ist bekannt, daß die zugunsten der Landwirtschaft geplante Kreditgebung der Goldbank und der Rentenbank-Kreditanstalt von unberufenen Stellen benutzt wird, um sich durch Anbieten einer Vermittlung geschäftliche Vorteile zu sichern, die sich auf viele Prozente des gewöhnlichen Darlehensbetrags beziffern und geeignet sind, den Kredit für den Landwirt in ganz unnötiger Weise und in unerträglichem Maß zu verteuern. Es wird nachdrücklich auf das Treiben solcher Kreise aufmerksam gemacht und davor gewarnt. Die Durchführung der Kreditaktion liegt ausschließlich in den Händen derjenigen Real-Kreditanstalten, die nach dem Gesetz über die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt für den Verkehr mit dieser allein in Betracht kommen und deren Anschriften bei der Rentenbank-Kreditanstalt zu erfahren sind.

Neuerungen im Eisenbahnsignalwesen.

In dem Bestreben, die Fahricherheit bei der Eisenbahn zu erhöhen, werden von der Deutschen Reichsbahn zurzeit wichtige Neuerungen im Signalwesen ausprobiert. An Stelle der bisher angewendeten fertigen Flügel und Scheiben werden jetzt auf der Versuchsstrecke (wie in Amerika) auch tagsüber farbige Lichter verwendet. Diese Lichter sollen auf größere Entfernungen als die Scheiben usw. sichtbar sein. Mit diesen Versuchen sind bis jetzt günstige Ergebnisse erzielt worden. Weiter wurde festgestellt, daß die schwarz-weiß gestrichenen Scheibensignale viel weniger als die weiß-grünen übersehen werden können.

St. Martin, O. A. Herrenberg, 9. Febr. Selbstmord.

Der Bauer Martin Maier warf sich am Sonntag vor die Maschine des Stübinger Zugs. Er wurde fürchterlich verstümmelt und war sofort tot. Ein unheilbares Leiden soll den schon bejahrten Mann in den Tod getrieben haben.

Calmbach, O. A. Neuenbürg, 9. Febr. Neubau eines Kinderheims.

Zwecks Behebung der großen Arbeitslosigkeit begann der Verein für Volksheilstätten den schon länger geplanten Neubau eines Kinderheims. Er hat eine Länge von etwa 26 Meter und eine Breite von 13 Meter und kommt weithin der bestehenden Anlage in herrlichster Lage zu stehen. An das neuzeitlich einzurichtende Gebäude schließen sich Spielplätze mit Liegeballen an. Der Voranschlag für den Neubau beträgt 150 000 Mark.

Letzte Nachrichten

Ein falscher Bericht über die Rede Helbs.

Berlin, 10. Febr. Wie die Morgenblätter aus London melden, erklärte der bayerische Ministerpräsident Helld einem englischen Pressevertreter gegenüber, er sei durch Mussolinis heftige Angriffe wie vom Donner erschlagen worden. Die Anschuldigungen Mussolinis bedeuten die größten Belästigungen, die einem Volk von einem auswärtigen Staatsmann angetan werden können. Helld erklärte, daß Mussolini seine Rede falsch ausgelegt habe. Er habe Gründe, anzunehmen, daß Graf Barbaro, der italienische General-

konful in München, Mussolini eine falsche Darstellung seiner Rede gefandt habe.

Das Hamburger Fremdenblatt zur Rede Stresemanns.

Hamburg, 10. Febr. Das Hamburger Fremdenblatt schreibt zur Rede Stresemanns: Es danke ihm, daß er es zurückgewiesen habe, auf die Presse einzuwirken. Das Blatt werde weiter für sich das Recht in Anspruch nehmen, für die Sache der Deutschen in Südtirol einzutreten. Allerdings mit einem gewissen Bedauern müsse dieser scharfe Ton angeschlagen werden, da es sonst seine (Hamburger Fremdenblatt) Sache gewesen wäre, die Freundschaft mit Italien zu pflegen. 180 000 Südtiroler bedeuten für das große italienische Volk nicht viel, aber viel für die Deutschen, da uns stets diejenigen Stammesgenossen am nächsten stünden, die am meisten zu leiden hätten.

Doppelraubmord.

Berlin, 10. Febr. Wie die „Börs. Ztg.“ meldet, ermordete in Kunzent-Marton (Ungarn) ein 22jähriger Tagelöhner die wohlhabende Witwe eines Landwirts, um sie zu berauben. Als ihm beim Verlassen des Hauses die 17jährige Tochter der Ermordeten gegenübertrat, schlug er auch diese nieder. Man fand bei ihm 2 800 000 Kronen. Er gab an, diese geraubt zu haben, um damit die Kosten seiner bevorstehenden Hochzeit zu bestreiten.

Bergwerkskatastrophe in Ungarn.

Berlin, 10. Febr. Wie die Morgenblätter aus Budapest melden, ereignete sich im Baalysalvater-Sara-Schacht eine schreckliche Katastrophe, bei der viele Menschen zum Opfer fielen. Durch das plötzliche Einstürzen einer Wand drangen große Wassermassen in den Schacht. Die Arbeiter versuchten zu flüchten, wurden aber durch ausströmende Gase betäubt. Die Rettungsversuche waren erfolglos. Auch zwei der Teilnehmer der Rettungsmannschaft erlitten durch Einatmen giftiger Gase schwere innere Verletzungen.

Die Meinungsverschiedenheiten im Kabinett Briand

5 Minister stimmen gegen die Regierung
Paris, 10. Febr. In der Kammerabstimmung über Artikel 79 haben 5 Minister, die zum Kartell gehören, mit der linken Mehrheit gegen das Kabinett gestimmt. Das Abstimmungsergebnis 278 gegen 255 wurde lebhaft bestritten. Die innerhalb des Kabinetts bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind damit zum erstenmal nach außen hin in Erscheinung getreten.

Handel und Volkswirtschaft

Die Erölggewinnung der Welt. Nach den bisher vorliegenden Berechnungen belief sich im Jahr 1925 auf 1068 Millionen Tsch zu 42 Gallonen (etwa 108 Tsd.) gegen 1013 Millionen Tsch in 1924. In den meisten in Betracht kommenden Ländern ist die Gewinnung gestiegen, nur Mexiko hat einen nicht unbeträchtlichen Rückgang erfahren. Die Gewinnung betrug in den Vereinigten Staaten 758 Millionen Tsch (1924 714), Mexiko 120 (139,5), Russland 50 (45,3), Persien 33 (32,4), Niederlande 21 (20,5), Australien 20 (18,75), Rumänien 16 (13,3), andere Länder 50 (39,3). In vier Jahren hat sich die Erölggewinnung in Venezuela fast verdreifacht.

Gegen den amerikanischen Brottruff. Der amerikanische Generalstaatsanwalt hat den Bundesgerichtshof aufgefordert, gegen die Bildung des Brottruffs einzuschreiten. Der Zweck des Truffs ist, alle großen Brotfabriken in den Vereinigten Staaten, die jetzt schon in sechs „Konzernen“ zusammengeschlossen sind, zusammenzutreiben, um jeden anderen Wettbewerb zu unterdrücken.

Wärkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 56 Ochsen, 21 Bullen, 250 Jungbullen, 256 Jungrinder, 183 Kühe, 911 Kälber, 1119 Schweine, 3 Schafe. Davon blieben un verkauft: 6 Ochsen, 20 Jungbullen, 20 Jungrinder. Verlauf des Marktes: langsam. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig:

Ochsen: ausgemästete Tiere	43-44	Kühe: femte Mast u. beste Saughäler	69-71
vollfleischige Tiere	30-40	mittlere Mast- und gute Saughäler	63-67
fleischige Tiere	30-40	geringe Kälber	54-60
gering genährte Tiere	—	Schafe: Mastlämmer u. Jung- Hammel	—
Bullen: ausgemästete Tiere	42-46	Widmestocher geschlachtet mit Kopf	66-70
vollfleischige Tiere	38-41	vollfleischiges Schafvieh geschlachtet mit Kopf	36-56
fleischige Tiere	38-41	Schweine: über 240 Pfund: von 200-240 Pfund	77-78
gering genährte Tiere	30-37	dto. von 160-200 Pfund	76-77
Jungrinder: ausgem. Rinder	46-50	dto. Fleisch: v. 120-160 Pfund	172-74
vollfleischige Rinder	39-44	dto. unter 120 Pfund	58-76
fleischige Rinder	39-44	Sauen	—
gering genährte Rinder	30-37		
Kühe: ausgemästete Kühe	28-38		
vollfleischige Kühe	16-26		
fleischige Kühe	16-26		
gering genährte Kühe	12-15		

Schweinepreise. Ellwangen: Saugschweine 30-40, Läufer 50-60. Heilbronn: Milchschweine 23-25, Läufer 40 bis 58. Ravensburg: Ferkel 28-40, Läufer 50-70. Saugelgauer: Ferkel 37-40, Läufer 85 M d. St.

Fruchtpreise. Ellwangen: Weizen 11.50-13, Roggen 9.20 bis 10, Gerste 9.50, Hafer 9-9.20. Geislingen a. St.: Weizen 13.50-13.70, Weizen 12, Hafer 7.50-8.30. Ravensburg: Korn 13, Weizen 9-9.25, Weizen 11.50-11.90, Roggen 8.50-8.90, Gerste 9-9.50, Hafer 8.40-9. Reutlingen: Weizen 12-13.30, Dinkel 8.50-10, Roggen 9-11.80, Gerste 8 bis 10.20, Hafer 7.90-8.60. Ulm: Weizen 12.80-13, Weizen 11 bis 12.30, Roggen 8.10-8.40, Gerste 8-8.50, Hafer 8.45-9, Weizen 8.50. Ulm: Dinkel 8.60-8.70, Gerste 9.50-11.70, Hafer 8-9, Weizen 11.40-11.50, Roggen 8.60-9.60 M d. Str.

Frischmilchpreise. Die „Süddeutsche Volkereizeitung“ enthält eine Zusammenstellung von Milchverkaufspreisen für ein Liter Frischmilch, die seit dem 1. Februar gelten. In den bayerischen Städten: Amberg 28 S., Augsburg 28, Bamberg 28, Bayreuth 30, Eichstätt 24, Fürth 28, Hof 30, Ingolstadt 25, München 28, Nürnberg 28, Regensburg 28, Schweinfurt 29, Würzburg 29 S.; in den württembergischen Städten: Stuttgart 34, Ulm 28, Heilbronn 30, Göttingen 30 S.

Konkurse.

Terra-Maschinenfabrik G. m. b. H., in Reichenbach. — Firma Post & Röhrler, offene Handelsgesellschaft, Fabrik für Gummilösung in Asperg.

Wetter für Donnerstag und Freitag

Süddeutschland wird von der westlichen Depression nur noch schwach berührt, aber der östliche Hochdruck kommt immer noch nicht voll zur Geltung. Immerhin ist für Donnerstag und Freitag vorwiegend trockenes, etwas kälteres Wetter zu erwarten.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten einschließlich der Beilage „Haus, Garten- und Landwirtschaft“.

Öffentliche Bekanntmachung.

Wahlvorschläge zur Landwirtschaftskammerwahl am Sonntag, den 14. Februar 1926. Die gemeinsame Landeswahlkommission für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer hat nach Staatsanzeiger Nr. 30 in ihrer Sitzung vom 5. d. Mts. u. a. die nachstehenden Wahlvorschläge für gültig erklärt: Wahlbezirk III, umfassend die Oberamtsbezirke Balingen, Calw, Freudenstadt, Herrenberg, Horb, Münsingen, Nagold, Neuenbürg, Oberndorf, Neutlingen, Rottenburg, Rottweil, Spaichingen, Sulz, Tübingen, Tuttlingen und Urach.

A. Für die Wahlen der Landwirte

- a) Wahlvorschlag des Landw. Hauptverbands Württemberg und Hohenzollern e. V. 1. Dingler, Wilhelm, Gutsbesitzer in Calw, 2. Hermann, Jakob, Gutsbesitzer in Hohenmübringen, O.A. Horb, 3. Mangold, Paul, Landesökonomierat, Vorstand der Ldw. Winterchule in Neutlingen, Albstr. 25, 4. Siegel, Ernst, Gutsbesitzer in Lichtenegg, Oberamt Oberndorf, 5. Adlung, Rudolf, Domänenpächter in Sindlingen, O.A. Herrenberg, 6. Braun, Gottlieb, Landwirt in Schopfloch, O.A. Freudenstadt, 7. Lang, Hermann, Gutsbesitzer in Balingen, 8. Schwörer, Johannes, Landwirt und Schultheiß in Oberstetten, O.A. Münsingen, 9. Ehinger, Albert, Gutsbesitzer in Hohenstein, O.A. Rottweil, 10. Kleiner Jakob, Landwirt in Eshausen, O.A. Nagold, 11. Wegenast, Wilhelm, Landwirt in Renzhausen O.A. Sulz, 12. Braun, Karl, Landwirt in Weilheim, Oberamt Tübingen, 13. Saile, Max, Landwirt in Rottenburg, 14. Weiß, Erich, Gutsbesitzer in Ottenhausen, O.A. Neuenbürg, 15. Jeps, Josef, Landwirt und Schultheiß in Dürbheim O.A. Spaichingen, 16. v. Wischer, Thingen, Wilhelm, Landwirt und Hofmarschall a. D. in Aglshardt, O.A. Urach, 17. Marquardt, Martin, Landwirt und Schultheiß in Rietheim, O.A. Tuttlingen.

b) Wahlvorschlag der Kleinbauern. 1. Hauber, Ernst, Landwirt in Niederich, O.A. Urach, 2. Müller, Jakob (Joh. Sohn), Landwirt in Bempflingen, O.A. Krach, 3. Maier, Eberhard, Bauer in Mössingen, O.A. Rottenburg.

B. Für die Wahlen der landw. Arbeiter

- Gemeinschaftlicher Wahlvorschlag des Deutschen Landarbeitersverbands, des Zentralverbands der Landarbeiter und des Landw. Hauptverbands. 1. Arnold, David, Forstarbeiter in Lonzbach, Gemeinde Baiersbrunn, O.A. Freudenstadt, 2. Osterlen, Georg, Färrenwärter in Unterjettingen, O.A. Herrenberg, 3. Theurer, Georg, Adam, Holzhauer in Fünfborn, O.A. Nagold, 4. Morlok, Jakob, Oberholzhauer in Obertal, O.A. Freudenstadt, 5. Ehrhardt II, Daniel, Holzhauer in Unterlengenhardt, O.A. Neuenbürg.

Bei der Abstimmung haben sich die Wähler für einen der vorstehenden als gültig erklärten Wahlvorschläge zu entscheiden. Personen, die auf keinem der im Wahlbezirk aufgestellten und für zulässig erklärten Wahlvorschläge stehen, können nicht gewählt werden; ihre Namen werden auf den Stimmzetteln gestrichen. Auch dürfen auf einem Stimmzettel nicht Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten sein. Dagegen ist es den Wählern gestattet, innerhalb der zulässigen Gesamtstimmzahl den von ihnen gewählten Bewerber durch Wiederholung der Namen oder Beifügung von Zahlzeichen bis zu 3 Stimmen zu geben. Auf den Stimmzetteln der Landwirte dürfen im III. Wahlbezirk nicht mehr als 12 Bewerber und auf den Stimmzetteln der landw. Arbeiter nicht mehr als 3 Bewerber enthalten sein. Enthält der Wahlvorschlag, für den sich der Wähler entschieden hat, mehr Namen, so hat er diejenigen, die er auf seinen Stimmzettel setzen will, aus den im Wahlvorschlag enthaltenen Namen auszuwählen bzw. die Namen der Bewerber, die er nicht wählen will, auf dem Wahlvorschlag zu streichen.

Die (Stadt-)Schultheißenämter werden veranlaßt, vorstehende Wahlvorschläge unverzüglich durch Hinweis auf den Anschlag am Rathaus in der Gemeinde ortsüblich bekannt machen zu lassen. Nagold, den 8. Februar 1926. 497 Oberamt: Waiblinger.

Den verehrl. (Stadt-)Pfarrämtern bringen wir Konfirmations-Scheine in lithogr. Farbendruck, in Erinnerung. Buchhandlung ZAISER, NAGOLD.

Unsere verehrl. Stadtabonnenten bitten wir, den Bezugspreis für den Monat März mit Mk. 1.60 bis spätestens Montag, 15. Februar in unserer Geschäftsstelle zu bezahlen. Ebenso machen wir darauf aufmerksam, daß dort die Bezugsgelder für einige Monate im Voraus bezahlt werden können und hoffen wir, auf diese Weise unseren Abonnenten Mühe und Zeit zu ersparen.

Stadtgemeinde Nagold. Betreffend: Landwirtschaftskammerwahl

Landwirtschaftskammerwahl

Die Wahl findet am Sonntag, den 14. Februar 1926, von vormitt. 10 Uhr bis nachm. 4 Uhr in ununterbrochener Handlung im Sitzungssaal des Rathauses statt. Wahlvorsteher ist der Unterzeichnete, Stellvertreter Herr Gemeinderat Baisch. Stimmzettel sowohl für die Landwirte als auch für die landwirtschaftl. Arbeiter sind im Wahlraum aufgelegt. Alles Nähere ist aus dem Anschlag am Rathaus und im Wahllokal ersichtlich. Den 8. Februar 1926. 500 Stadtschultheißenamt: Maier. Rotfelden, 8. Febr. 1926.

Abbitte.

Der Unterzeichnete nimmt die am 7. Febr. 1926 im Gasthaus zum „Löwen“ in Rotfelden gebrauchten beleidigenden Ausdrücke gegen Schultheiß Renzschler, Gemeinderat Keß, Gemeinderat Bachmann und Gemeinderat Kempf

reumütig zurück und bittet hiemit öffentlich ab.

Heinrich Braun.

3. B. 498 Schulth.-Stellvertr.: Bühler.

Handelskammerwahl

Bei der am 29. Januar 1926 stattgehabten Handelskammerwahl wurden zu ordentlichen Mitgliedern auf 6 Jahre gewählt:

- Otto Böhringer, Fabrikant in Freudenstadt, Eugen Dreiß, Kaufmann in Calw, Wilhelm Niethammer, Kaufmann in Herrenberg, Paul Schmid, Kaufmann in Nagold.

Das Wahlergebnis wurde in der öffentlichen Sitzung vom 6. Februar festgestellt. Etwas später gegen diese Wahl ist bis zum 20. Februar 1926 bei der Handelskammer Calw anzubringen. 501 Calw, 8. Februar 1926.

Handelskammer Calw.

Konfirmations-Gesangbücher



in großer Auswahl in billiger bis feinst. Ausführung und allen Preislagen bei G. W. Zaiser, Buchhdlg.

Zur jetzigen Bedarfszeit empfehlen wir unsere selbstgebaute



Fleischräucher.

Ein Verbrennen garantiert ausgeschloffen. 428 Auf Wunsch wird jede Größe angefertigt.

Johs. Werner & Sohn, Nagold. Tel. 111.

246 Sämtliche photographischen Artikel Große Auswahl in Apparaten Entwickeln u. Kopieren von Platten u. Filmen Photohaus R. Bolländer

Gebrauchtes, guterhaltenens 496

Damenrad

verkauft. Wer? sagt die Geschäftst. d. Bl.

Die neuen Moden-Album

für Frühjahr-Sommer 1926 sind soeben erschienen und vorrätig bei Buchhandlung ZAISER

6 Stück Hahnen

zur Zucht hat zu verkaufen Frau Pfander 499 Dürrenhardt Station Gündringen.

Mödingen. Einen stärkeren, noch guterhaltenens 495

Wagen

50 Ztr. Tragkraft, sowie 2 schwerere, hölzerner

Eggen

hat zu verkaufen Wilhelm Dengler Bauer, alt.

Das Inserat redet

mehr, als es tausend Worte vermögen, zu jeglichen Schichten des Volks!

Daher entspringen die Erfolge berechnender kluger Geschäftslente.



Alle Musik-Instrumente für Haus u. Orchester, von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfielt in reichster Auswahl

Musikhaus Curtz Pforzheim, Leopoldstr. 17 Arkaden-Kiedalsch Roßbrücke.

Reparaturen u. Stimmungen in eigenen Werkstätte

Heute abend 1/2 8 Uhr Theaterprobe Bühnenprobe Vollzähliges pünktliches Erscheinen.



2. Erlösung. Gegen Hühneraugen-Fein Hilft Dir Leber wohl allein!

* Gemeint ist natürlich das berühmte von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Extrakt für die Augen und Leber. Die Dose enthält 8 Hühneraugen-Extrakt (8 Pfaster) 75 Pf., 20er Packung 60 Pf.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: Apotheke von Theodor Schmid, Nagold.

VEREINS-DRUCKSACHEN

- ZEITUNGEN ZEITSCHRIFTEN FESTSCHRIFTEN DIPLOME BRIEFBOGEN MITTEILUNGEN EINTRITTSKARTEN

wie überhaupt alle vorkommenden Drucksachen liefert in moderner Ausstattung die

Buchdruckerei G. W. ZAISER Nagold Fernsprecher 29.

Haiterbach-Pfalzgrafenweiler. Hochzeits-Einladung.

Zu unserer am 494 Donnerstag, den 11. Februar 1926 im Gasthaus z. „Engel“ in Pfalzgrafenweiler stattfindenden Hochzeitsfeier laden wir Verwandte, Freunde und Bekannte herzlich ein.

Gotthilf Renz Malermeister S. d. Jeremias Renz Pfälzermeister. Kirchengang 1 Uhr in Pfalzgrafenweiler. Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Eshausen-Pfullingen. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 13. Februar 1926 im Gasthaus zur „Sonne“ in Eshausen stattfindenden Hochzeits-Feier freundlichst einzuladen. 487

Gottfried Fischer Schuhmacher S. d. Gottfr. Fischer in Eshausen. geb. Walz Tochter des Lohmüllers Walz Pfullingen. Kirchengang um 1/2 10 Uhr.

Farbkasten in allen Preislagen, Pinsel, Wasserbehälter, Farbstift, lose und in Etuis, Zeichenblocks, Ständer, Skizzenbücher, Tusche in allen Farben, Plastilin - Modelliermasse sowie sämtlichen Bedarf für Zeichen- und Handfertigkeitsunterricht zu haben bei G. W. Zaiser Buchhandlung und Schreibwaren.

Sachlingsnummer der Münchner Neuesten Nachrichten zu beziehen durch Buchhandlung Zaiser, Nagold. Includes illustration of a man with a sword.

Am... Mit den... Feierst... Erche... Verbrei... Schriftleitung... Telegramm-Nr. 34... Der Völk... Februar in G... ordentliche Völk... (Deutschlands) h... Auch der p... will zurücktrete... minister zurückg... Warum... Freilich im... unsere Außenh... geben. Die Ei... monats gehalte... und Halbfabrik... Bemerkenswert... Ausverkauf der... stattfindet. Sch... an Edelmetall... elektrotechnische... Schuh- und L... umso besser ab... Maschinen- und... Ob sich die... auch in Zukun... Sicherheit sagen... schränkung des... des Kreditrisik... Dagegen könn... bei müssen wir... unserer 5 a... breite sich für... 31. Okt. 25) der... a h a n g e n... schienen auf... Hiernach befi... im September... 393, Dezember... 323, April 336... und Oktober 22... fache Durchschnit... Der Dames... sachen dieser Er... a u s l ä n d i s c h... wird im Okt. 192... (Goldmarkt) hä... liefert, große C... streiten, mit de... gefliegen ist. I... gewanderte Kap... Ausland unterg... Reichzeitig... Frage nach a... Inflation hatten... nehmungen alle... einer wertbestän... Warengestelle er... bedrängnis dori... gar viele Dinge... an Kleidungs- u... Ausstattungsgeg... Weiterhin w... fremden Länd... gut wie ver... heimische Erzeu... Warenbetrieb a... feiten. So etw... schwierig in eine... Wettbewerb mit... fallenden Währ... Dazu kommt... Bis dahin unter... wirtschaftlicher... führte dazu, da... solche Einfuhrgü... würden, einen st... hohen Zahlen in... Markt. Auch die... Zolltarif von... die Wareneinfuhr... sich hofft man an... schaffliche Erzeu... treide und landm... Aus all dem... gesteuerte Ein... anläßlichen Entleer... ausschlaggebende... wunden betradht... Ausmaß, wie es... war, kommt heu... Einfuhr zurückge... Andererseits... Steigerung erfah... fuhr bilden heut... und diese haben... jahrs die Reiqu... Oktober der We...